

10. März Kommunalwahlen!

Starkes Bayern. Starke Kommunen. Starke Politik.

Am 10. März entscheiden Sie darüber, wie es in Zukunft weitergeht in Bayerns Gemeinden, Städten und Landkreisen. Sie haben die Wahl! Setzen Sie auf bewährte und erfolgreiche Politik für wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit, eine gesunde Umwelt und Lebensqualität.



**Briefwahl
nutzen!**

Schenken Sie den Kandidatinnen und Kandidaten der CSU Ihr Vertrauen.



Auf Ihre Stimme kommt es an!



KOMMUNALPOLITIK IN BAYERN VON A BIS Z.

10. März Kommunalwahlen

31/192

KOMMUNALPOLITIK VON A BIS Z.

Kommunalwahlen sind vor allem Persönlichkeitswahlen. Aber bei konkreten Sachentscheidungen im politischen Alltag unserer Gemeinden, Städte und Landkreise zeigt sich sehr schnell, wie wichtig die Unterstützung und Förderung durch Landes-, Bundes- und Europapolitik ist; nicht nur wenn es um's Geld geht.

Starke Gemeinden. Starkes Bayern. Starke Politik. – In diesem Dreiklang gestaltet die CSU seit Jahrzehnten erfolgreiche Politik für die Menschen in unserem Land. Die folgenden Zahlen und Beispiele sprechen eine deutliche Sprache: Nur gemeinsam lassen sich Wohlstand, soziale Sicherheit, eine gesunde Umwelt und Lebensqualität erhalten. Lesen Sie selbst.

ABFALL

Bayern hat seit 1. März 1991 das fortschrittlichste und wirkungsvollste Abfallwirtschaftsgesetz in Deutschland. Mit Erfolg: Zwischen 1990 und 1994 wurde die Restmüllmenge pro Einwohner um 66% verringert, die VERWERTUNGSQUOTE verdoppelt. Mit 58% BEI HAUSMÜLL liegt der Freistaat bundesweit an der Spitze.

Herausgeber: CSU-Landesleitung, Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Verantwortlich: Erich Schmid, Landesgeschäftsführer
Redaktion: Geschäftsbereiche Politik und Öffentlichkeitsarbeit
Gestaltung: Team 70 Werbung GmbH, GWA
Druck: Baumann Druck, Kulmbach; Auflage: Februar 1996
Unserer Umwelt zuliebe auf Recycling-Papier gedruckt.

Weitere aktuelle Informationen zur Kommunalpolitik erhalten Sie per EDV über die CSU-Infoline: 0 89/12 39 22 55 (Modem)

Nutzen Sie die vielfältigen Angebote zum persönlichen Gespräch mit Ihren Kandidatinnen und Kandidaten der CSU, z. B. bei Veranstaltungen, Info-Ständen, Bürger-Sprechstunden u. v. m.!

Der neue **ABFALLENTSORGUNGSPLAN BAYERN** (August 1995) legt verbindliche Leitlinien für die Beseitigung von Abfällen fest. **ABFALLVERMEIDUNG** und **ABFALLVERWERTUNG** haben für uns oberste Priorität. Schon heute gibt es in Bayern mehr als 17.000 Containerinseln und rund 1.500 Wertstoffhöfe. Hinzu kommen mehr als 100 Sortier- und über 300 Kompostieranlagen.

Das Bayerische Umweltministerium gewährt für **ABFALLWIRTSCHAFTLICHE INVESTITIONEN** von Kommunen und Zweckverbänden Zuschüsse von annähernd 120 Mio. DM pro Jahr. Aus dem kommunalen Finanzausgleich stehen 1996 zusätzlich 166,5 Mio. DM für die Förderung von Abfallentsorgungsanlagen in kommunaler Trägerschaft zur Verfügung.

Auf Bundesebene ermöglichen die neue Verpackungsordnung und das Kreislaufwirtschaftsgesetz mehr **PRIVATWIRTSCHAFTLICHE INITIATIVEN** und nehmen die Unternehmen durch mehr **PRODUKTVERANTWORTUNG** und Rücknahmegarantien in die Pflicht.

ABWASSER

Heute gibt es in Bayern mehr als 3.000 **KLÄRANLAGEN**, an die rund 89% aller Einwohner angeschlossen sind. 1950 waren es erst 20. Seit damals hat der Freistaat den Gemeinden für Kläranlagen und Abwasserkanäle **ZUSCHÜSSE** von rund 10,6 Mrd. DM zur Verfügung gestellt und damit über 24,6 Mrd. DM an Investitionen gefördert. Für die **TRINKWASSERVERSORGUNG** gab es rund 5 Mrd. DM staatliche Fördermittel.

Durch die Änderung des Abwasserabgabengesetzes hat die CSU **GRÖßERE ENTSCHEIDUNGSSPIELRÄUME FÜR DIE KOMMUNEN** eröffnet. Nicht in Bonn oder Brüssel, sondern vor Ort muß das jeweils sinnvollere Konzept festgelegt werden können.

Für 1996 erhalten die Gemeinden weitere **ZUSCHÜSSE UND ZINSVERBILLIGTE DARLEHEN** im Umfang von rund 636 Mio. DM. Die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser und die Reinhaltung unserer Flüsse und Seen ist uns viel wert.

ARBEITSPLÄTZE

Ideen schaffen Arbeit. Die CSU setzt auf technologischen **FORTSCHRITT** und ein unternehmensfreundliches Klima, damit der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb erfolgreich bleibt. **3 MRD. DM PRIVATISIERUNGSERLÖSE** im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ setzt die Bayerische Staatsregierung deshalb konsequent zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Technik ein. 8 neue **Fachhochschul-Standorte** und **EXISTENZGRÜNDERZENTREN** in allen Regierungsbezirken stärken die regionale Infrastruktur.

Aus Programmen der Europäischen Union stehen zur **FÖRDERUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** in Bayern 1994-1999 rund 1,1 Mrd. DM für Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft zur Verfügung. Zusätzliche Mittel von Bund, Land und Gemeinden ergeben ein **GESAMTVOLUMEN VON 5,7 MRD. DM**.

Die dritte Stufe der **UNTERNEHMENSTEUERREFORM** mit Abschaffung der Gewerbesteuer und

Erleichterungen bei der Gewerbebesteuer ist im Interesse der Arbeitsplätze in Deutschland unverzichtbar. Die geplante **BETEILIGUNG DER KOMMUNEN AN DER UMSATZSTEUER** ist mehr als ein Ausgleich und stellt für die Zukunft eine verlässlichere und dynamische Finanzierungsbasis sicher.

Mit einem umfassenden **MASSNAHMENKATALOG** wird die Bundesregierung die **VORAUSSETZUNGEN FÜR NEUE ARBEITSPLÄTZE** schaffen: mit weniger Steuern, weniger Sozialabgaben und flexibleren Arbeitszeiten, mit schnelleren Genehmigungsverfahren und dem Abbau unnötiger Vorschriften, durch **PRIVATISIERUNGEN** und einen „**SCHLANKEN STAAT**“.

ASYLRECHT

Seit Juli 1993 gilt in Deutschland ein **NEUES ASYLRECHT**. Die parteiübergreifend beschlossenen Regelungen wurden von der CSU maßgeblich mitgestaltet. Der **ERFOLG** gibt uns Recht. 1994 stellten nur noch 127.000 Personen Antrag auf politisches Asyl, 1992 waren es noch 438.000.

In Bayern werden die Kommunen seit 1990 von den **KOSTEN FÜR UNTERBRINGUNG UND VERSORGUNG** der Asylbewerber voll entlastet: Der Freistaat hat seither **ÜBER 1,6 MRD. DM ERSTATTET**.

BAUEN

Im vergangenen Jahr wurden in Bayern **110.000 NEUE WOHNUNGEN** fertiggestellt und für annähernd 130.000 Wohnungen Genehmigungen erteilt. Das ist Spitze.

Die neue **BAYERISCHE BAUORDNUNG** ermöglicht einfachere und kürzere Genehmigungsverfahren und hilft so, Zeit und Geld zu sparen. Die Gemeinden können bei der **ERSTELLUNG VON BEBAUUNGSPLÄNEN** dazu beitragen, daß das neue Recht noch besser genutzt werden kann. Die CSU will die bestehenden „**EINHEIMISCHEN-MODELLE**“ weiterentwickeln.

Mit der Neuregelung der Wohneigentumsförderung gibt die Bundesregierung weitere Impulse für den Eigenheim-Bau. Eine **GRUNDFÖRDERUNG** von max. **40.000 DM** (für acht Jahre) und weitere

Zulagen für Kinder und ökologisches Bauen kommen besonders jungen Familien zugute.

Bayern gibt jährlich über **720 MIO. DM** für den **SOZIALEN WOHNUNGSBAU** und den Bau von Altenheimen aus. Für Programme zur **STÄDTEBAUFÖRDERUNG** wurden 1990-1994 von Bund und Land rund **1,2 MRD. DM** bereitgestellt.

DEUTSCHE EINHEIT

Die Kommunen leisten ihren Beitrag zur Finanzierung des **FONDS „DEUTSCHE EINHEIT“** und der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs entsprechend ihrem Anteil an den Steuereinnahmen. Im Bundesdurchschnitt erbringen die Kommunen **40%**; in Bayern liegt der **BETEILIGUNGSSATZ BEI 38%**.

DORFERNEUERUNG

Die Erhaltung, Erneuerung und Entwicklung unserer Dörfer ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe und Grundlage für zukunftsorientierte **LEBENSQUALITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM**.

KOMMUNALPOLITIK IN BAYERN.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag stellen beträchtliche Mittel zur Verfügung: rund **116 MIO. DM** (vgl. 1977: 17 Mio. DM). Derzeit laufen in etwa 1.900 Ortschaften (= 549 Gemeinden) Projekte mit einem **INVESTITIONSVOLUMEN** von etwa **2,1 MRD. DM**. Dorferneuerung ist damit ein Investitionsprogramm mit erheblichen Beschäftigungseffekten, v. a. für Handwerk und mittelständische Unternehmen: Sie hilft unserer bäuerlichen **LANDWIRTSCHAFT**, fördert den Anbau nachwachsender Rohstoffe und gibt neue Impulse beim Umweltschutz.

EHRENAMT

EIGENVERANTWORTUNG und **SOLIDARITÄT** prägen das freiwillige Engagement unzähliger Menschen in Vereinen und Verbänden, bei Feuerwehr und Rettungsdiensten, bei Nachbarschaftshilfen und vielen anderen Initiativen. Als unerläßlicher Bestandteil einer menschlichen Gesellschaft verdient das Ehrenamt Respekt, Anerkennung und Unterstützung. Bayern hat 1994 zum „**JAHR DES EHRENAMTES**“

KOMMUNALPOLITIK VON A BIS Z.

erklärt und würdigt jährlich herausragende Leistungen mit einem eigenen **ENRENZEICHEN**.

Feuerwehren, Katastrophenschutz und Rettungsdienste im Freistaat werden derzeit mit **MODERNER TECHNIK UND EDV** ausgestattet, um ihre lebensrettenden Aufgaben noch wirkungsvoller erfüllen zu können.

FAMILIENFÖRDERUNG

14 Jahre CDU/CSU-geführte Bundesregierung sind 14 Jahre erfolgreiche Familienpolitik. Die Einführung von **ERZIEHUNGSGELD** und **ERZIEHUNGSURLAUB** gehen auf wegweisende Initiativen der CSU in Bayern und in Bonn zurück. Bayern fördert Familien mit Kindern mit rund **2,5 Mrd. DM** pro Jahr. Wir haben die Familie wieder in den **MITTELPUNKT VON POLITIK UND GESELLSCHAFT** gerückt.

Seit Anfang dieses Jahres gibt es mehr **KINDERGELD** (200 DM - 350 DM pro Kind) und höhere **STEUERFREIBETRÄGE**. Die aktuelle Reform des Familienleistungsausgleichs stellt mit **7 MRD. DM**

ZUSÄTZLICHEN LEISTUNGEN einen spürbaren Fortschritt für Familien mit Kindern dar. 1997 kommen weitere 4 Mrd. DM hinzu.

FINANZEN

Die FINANZHEIT, d. h. die eigenverantwortliche Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft der Gemeinden, Landkreise und Bezirke, gehört zum Kernbestand des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Aufgabe des Staates ist es, die VERANTWORTUNG gerecht zu verteilen und eine entsprechende FINANZAUSSTATTUNG zu gewährleisten. Während in anderen Bundesländern Gelder gekürzt wurden, hat BAYERN seine LANDESLEISTUNGEN AUS DEM KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH um 6,6% erhöht. 1996 ergibt sich bei den KOMMUNALEN FÖRDERMASSNAHMEN insgesamt ein Betrag von über 13 MRD. DM.

FREIZEIT UND ERHOLUNG

Der FREMDENVERKEHR ist in vielen Regionen Bayerns ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Freistaat unterstützte in den letzten 10 Jahren

KOMMUNALPOLITIK IN BAYERN.

jährlich. Eine geringe Verschuldung (pro Einwohner ca. 1.660 DM; vgl. Hessen: 3.000 DM) und niedrige Zinsausgaben sind das Gütezeichen unserer soliden Finanzpolitik.

Der Freistaat fördert und unterstützt die Kommunen bei ihren Investitionen besonders im Rahmen des KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS. Insgesamt geht etwa JEDE VIERTE MARK aus dem bayerischen Staatshaushalt an die Kommunen (1990: 10,9 Mrd. DM; 1996: über 13 Mrd. DM).

JUGENDPOLITIK

Mit dem JUGENDPROGRAMM unterstützt die Bayerische Staatsregierung unsere Gemeinden, Städte und Landkreise, ihre vielfältigen Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz zu erfüllen. Allein im Geschäftsbereich des Sozialministeriums stehen 1996 39,2 MIO. DM zur Verfügung. Die fachliche Betreuung durch Jugendämter und Sozialarbeiter oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Jugendgruppen sind nur einige Beispiele für wirkungsvolle HILFE ZUR SELBSTHILFE.

über 1.000 Maßnahmen zum AUSBAU DER TOURISTISCHEN INFRASTRUKTUR unserer Gemeinden mit umfangreichen Zuschüssen (490 Mio. DM) und Darlehen (175 Mio. DM). Auch künftig können Fremdenverkehrseinrichtungen aus den bayerischen Regionalprogrammen, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und aus dem Europäischen Strukturfonds („5 b“) gefördert werden.

Seit 25 Jahren stellt der Freistaat in einem einmaligen PROGRAMM „FREIZEIT UND ERHOLUNG“ finanzielle Hilfen zur Schaffung von Freizeit- und Grünanlagen bereit (Volumen bisher: ca. 1.100 Mio. DM). Aus diesem Programm werden z. B. auch LANDESGARTENSCHAUEN gefördert.

INVESTITIONEN

Die INVESTITIONSQUOTE der bayerischen Kommunen liegt mit 25,6% weit über dem Bundesdurchschnitt (17,8%); das bedeutet einen INVESTITIONSVORSPRUNG von über 3 Mrd. DM

KOMMUNALPOLITIK VON A BIS Z.

Ein reges VEREINSLEBEN (Sport, Musik, Kultur, Politik u.v.m.) und die Angebote der kirchlichen Jugendarbeit bieten umfassende Möglichkeiten zur sinnvollen FREIZEIT- UND LEBENS-GESTALTUNG.

KINDERBETREUUNG

Um eine bessere VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF zu ermöglichen, ist für viele Eltern ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen von entscheidender Bedeutung.

In Bayern wurden seit 1990 im Durchschnitt 15.000 NEUE KINDERGARTENPLÄTZE pro Jahr geschaffen. Mit einem Sonderprogramm (75 Mio. DM) aus den Privatisierungserlösen der „Offensive Zukunft Bayern“ kommen jetzt über 9.100 zusätzliche Plätze hinzu. Das Ziel von insgesamt 349.000 KINDERGARTENPLÄTZEN kann so bereits 1996 erreicht werden. Der Freistaat unterstützt unsere Kommunen bei ihrer Aufgabe, das Kindergarten-Angebot flächendeckend zu verbessern, u.a. mit PERSONALKOSTENZUSCHÜSSEN

(1996: 680 Mio. DM) und **BAUKOSTENFÖRDERUNG** (1996: 100 Mio. DM).

Das „**NETZ FÜR KINDER**“ stellt einen völlig neuen Weg der flexiblen und unkonventionellen Kinderbetreuung dar, z. B. durch kleinere Gruppen, gemischte Altersstufen oder abwechselnde Betreuung durch Eltern und erzieherische Fachkräfte. Um mehr Möglichkeiten für eine **TAGESBETREUUNG** für Schulkinder (Horte u. a.) zu schaffen, hat der Freistaat die Personalkostenförderung seit 1990 verdoppelt (1996: 33 Mio. DM).

KRANKENHÄUSER

Seit 1988 stellt Bayern **JÄHRLICH 1,3 MRD. DM FÜR DIE KRANKENHÄUSER** bereit – so viel wie in keinem anderen Land (vgl. Bayern: 104 DM pro Einwohner; westl. Bundesländer, ohne Stadtstaaten: 71 DM pro Einwohner). Kernpunkt unserer Gesundheitspolitik bleibt das Ziel, in allen Regionen ein bedarfsgerechtes, bürgernahes und leistungsfähiges Netz an Krankenhäusern und medizinischen Versorgungseinrichtungen sicherzustellen.

KOMMUNALPOLITIK IN BAYERN.

Landesteilen, vom Wirken unzähliger professioneller und ehrenamtlicher Künstler und von den wertvollen Schätzen und Denkmälern aus Geschichte und Kunst.

Der Freistaat gibt fast **JEDE DRITTE MARK** aus seinem Haushalt für Bildung, Wissenschaft und Kunst aus. Die **VIELFALT KOMMUNALER KULTURARBEIT** und die regionale **PFLEGE VON KUNST, MUSIK UND BRAUCHTUM** wären ohne die finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln nicht möglich; einige Beispiele:

- 73,3 Mio. DM für Theater und Festspiele,
- ca. 9 Mio. für nicht-staatliche Museen und staatliche Zweigmuseen,
- 18,2 Mio. für nicht-staatliche Orchester,
- 23,3 Mio. (1994) für öffentliche Büchereien.

Fachliche und finanzielle Hilfen stehen im Mittelpunkt für **DENKMALSCHUTZ** und **DENKMALPFLEGE** durch Staat, Kommunen, Kirchen und private Eigentümer. 157 Mio. DM Zuschüsse für die Restaurierung von über 17.000 Baudenkmalern und 220 Mio. DM aus dem sog. „Entschädigungsfonds“ (1990-1994)

In das bayerische **KRANKENHAUSPROGRAMM 1996** wurden **40 NEUE PROJEKTE** mit rund 550 Mio. DM aufgenommen, 50 weitere Vorhaben sind für die Jahre 1997-1999 bereits finanziell abgesichert.

Der dramatische Kostenanstieg im Gesundheitswesen zwingt aber insbesondere im Krankenhaussektor zu **EINSPARUNGEN**, da dieser mit rund 80 Mrd. DM pro Jahr (bundesweit) den größten Ausgabenblock in der Gesetzlichen Krankenversicherung darstellt. Das **KRANKENHAUS-NEUORDNUNGSGESETZ 1997** der Bundesregierung setzt die Reformbemühungen des Gesundheitsstrukturgesetzes 1992 fort, um durch sozial verträglichen **WETTBEWERB**, mehr **TRANSPARENZ** und mehr **EIGENVERANTWORTUNG** aller Beteiligten unseren Krankenhäusern eine zukunftsorientierte Perspektive zu bieten.

KULTUR

Bayerns Attraktivität als lebens- und liebenswerte Heimat ist entscheidend geprägt vom **REICHTUM DES KULTURELLEN SCHAFFENS** in allen

KOMMUNALPOLITIK VON A BIS Z.

kommen nicht zuletzt dem spezialisierten **BAUHANDWERK** zugute, denn jede Mark an staatlichen Denkmalpflege-Mitteln löst im Durchschnitt das 10- bis 18-fache an Gesamtinvestitionen aus.

LANDWIRTSCHAFT

Unsere **BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT** ist ein unverzichtbarer Teil Bayerns. Leistungsfähige mittelständische Betriebe versorgen die Bevölkerung mit **GESUNDEN NAHRUNGSMITTELN** und erfüllen wichtige Aufgaben beim Umweltschutz und in der **LANDSCHAFTSPFLEGE**, sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Der erfolgreiche „**BAYERISCHE WEG**“ mit dem Grundgedanken der überbetrieblichen Zusammenarbeit wird auch in Zukunft fortgesetzt und ausgebaut. Die **ERFÜLLUNG KOMMUNALER AUFGABEN UND DIENSTLEISTUNGEN** durch bäuerliche Unternehmen bietet neue Perspektiven, u. a. bei der Pflege von Grünflächen oder bei der Grüngut- und Bioabfallkompostierung.

In Brüssel und Bonn konnte sich die CSU in wichtigen Fragen durchsetzen, um die bisweilen **SCHWIERIGE PREIS- UND EINKOMMENSITUATION** zu meistern; z. B. stabile Umrechnungskurse und Ausgleich für Aufwertungsverluste, nationale Beihilfen, Steuerbefreiung für Bio-Treibstoffe, Förderung nachwachsender Rohstoffe, steuerliche Entlastungen für die Betriebsvermögen der Landwirte. Bayerns Landwirte erhalten jährlich rund 24 MRD. DM AN FÖRDERMITTELN des Bundes und der Europäischen Union.

WUSSTEN SIE SCHON:

Der Berliner Reichstag als zukünftiger Sitz des Bundestages soll mit einer umweltfreundlichen Rapsölheizung ausgestattet werden.

ÖPNV UND VERKEHR

Das bayerische ÖPNV-Gesetz hat den Landkreisen und kreisfreien Städten die Aufgabe übertragen, einen bedarfs- und umweltgerechten **ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR** zu gewährleisten. Künftig wird es möglich sein, verstärkt auf die Bedürfnisse vor Ort einzugehen

KOMMUNALPOLITIK IN BAYERN.

Durch die **REGIONALISIERUNG DES SCHIENENPERSONENNAHVERKEHRS** im Zuge der Bahnstrukturreform geht die Zuständigkeit auf die Länder über. Der Freistaat Bayern wird die weitreichenden Gestaltungsmöglichkeiten mit einer landesweit zuständigen **BAHNGESELLSCHAFT** nutzen. Um den Transport von Gütern stärker auf Schiene und Wasser zu verlagern und die Koordinierung zu verbessern, sind in Bayern 7 **GÜTERVERKEHRZENTREN** geplant.

PFLEGEVERSICHERUNG

Die **ABSICHERUNG DES PFLEGERISIKOS** in einer eigenen gesetzlichen Versicherung bringt Hilfe und Unterstützung für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Die vorrangige Berücksichtigung der **HÄUSLICHEN PFLEGE** war dabei ein besonderes Anliegen der CSU.

Die Pflegeversicherung verringert die **SOZIALHILFEAUFWENDUNGEN** bundesweit voraussichtlich 1996 um 6 Mrd. DM und 1997 um etwa 10 Mrd. DM. Dadurch werden insbesondere **DIE KOMMUNEN ENTLASTET**, in Bayern um rund 1 Mrd. DM

und maßgeschneiderte Lösungen zu finden. Um den Kommunen die Finanzierung der Aufwendungen für U- und S-Bahnen, Omnibusbahnhöfe, Werkstätten und Betriebshöfe zu ermöglichen, überläßt ihnen Bayern einen Teil seiner **EINNAHMEN AUS DER KRAFTFAHRZEUGSTEUER**.

1996 werden für den **ÖPNV-BEREICH** insgesamt rund 706 MIO. DM (plus 129% seit 1990) und für den **BAU UND ERHALT VON KOMMUNALSTRASSEN** rund 855 MIO. DM (plus 8% seit 1990) zur Verfügung stehen. Ein **FLÄCHENLAND** wie Bayern muß auch in Zukunft über ein gut ausgebautes **STRASSENNETZ** (Autobahnen, Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen) verfügen, damit in allen Landesteilen gleichwertige Lebensverhältnisse und eine verkehrsgerechte Anbindung gewährleistet werden können. Aus Bundesmitteln wurden 1994 z. B. 33 **ORTSUMGEBUNGEN** freigegeben oder waren in Bau, 15 **KM LÄRMSCHUTZWÄLLE** wurden errichtet. 1996 ergeben die Leistungen des Bundes für den Bau und Erhalt der **BUNDESFERNSTRASSEN** eine Summe von 1.065 MIO. DM.

KOMMUNALPOLITIK VON A BIS Z.

(1997). Ein Teil der Einsparungen wird zum verstärkten Ausbau der Pflege-Infrastruktur mit ambulanten und ortsnahen Diensten sowie Kurzzeitpflegeplätzen verwendet werden.

Die **2. STUFE DER PFLEGEVERSICHERUNG** soll am 1. Juli 1996 in Kraft treten. Nach dem Willen von CDU und CSU darf es dabei keine zusätzlichen Belastungen für Industrie und Mittelstand geben.

SCHULEN

Ausgaben für Bildung und Ausbildung gehören zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen unserer Zeit, denn der „Rohstoff Geist“ ist unser wichtigster Wettbewerbsvorteil. Die **FINANZMITTEL FÜR UNTERRICHT UND KULTUS** stellen deshalb mit einem Gesamtvolumen von 9,7 MRD. DM den weitaus größten Ressort-Posten im Haushalt des Freistaates Bayern dar. Für den Bau von Schul- und Werkräumen, von Turnhallen und Sportplätzen stehen allein 1996 voraussichtlich über 300 MIO. DM **SCHULBAUHILFEN** zur Verfügung. Die Personalkostenzuschüsse haben sich

seit 1990 mehr als verdoppelt auf annähernd 600 Mio. DM. Insgesamt betragen die **ZUSCHÜSSE DES STAATES FÜR DEN SCHULBEREICH** 1996 knapp 1 MRD. DM.

1994 wurden im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ an sieben Orten **NEUE FACHHOCHSCHULEN** gegründet. Mehr junge Menschen können jetzt in der Nähe ihres Wohnortes studieren und bleiben als hochqualifizierte Fachleute ihrer Heimatregion erhalten. Die Zahl der bayerischen **MUSIKSCHULEN** ist in den letzten 25 Jahren von 67 auf 215 angestiegen, die Schülerzahl von 35.000 auf 132.500 gewachsen. Der Freistaat gewährt dafür Zuschüsse in Höhe von 16,6 Mio. DM (1994).

Die Aufwendungen zur **SCHÜLERBEFÖRDERUNG** bezuschusst Bayern mit rund 328 Mio. DM (1996); dies bedeutet eine **ERSTATTUNGSQUOTE VON ETWA 60%**.

SICHERHEIT

Sicherheit und Freiheit sind elementare Krite-

rien für **WOHN- UND LEBENSQUALITÄT** in unseren Städten und Gemeinden. Die Innenpolitik der CSU duldet deshalb keine rechtsfreien Räume. **BAYERN IST DAS SICHERSTE BUNDESLAND.**

Zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung geht Bayern neue Wege. Vielversprechende Modellversuche mit der **SICHERHEITSWACHT** und die Einrichtung von **SICHERHEITSBEIRÄTEN** stärken die Mitwirkung und Mitverantwortung der Bürger im Kampf gegen Gewalt und Verbrechen – nach dem Motto: **HINSEHEN UND HELFEN STATT WEGSEHEN!**

Dem Rauschgifthandel und der steigenden **DROGENKRIMINALITÄT** kann nur mit einer **POLITIK DER „NULL-TOLERANZ“** begegnet werden. Wir setzen auf Vorbeugung und Information, auf konsequentes Vorgehen gegen Kriminelle sowie auf Beratung und Therapie für Bedürftige. Für einen nachhaltigen Erfolg bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Eltern, Lehrern und allen gesellschaftlichen Kräften.

SOZIALHILFE

Die Sozialhilfe ist neben Versicherung und Versorgung die **DRITTE SÄULE UNSERES SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEMS**. Aber die besorgniserregende Entwicklung der kommunalen Sozialhilfeausgaben zwingt zum Handeln. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur **REFORM DER SOZIALHILFE** werden die Kommunen jährlich um mind. 2,2 Mrd. DM entlastet. Ziel ist es, Sozialhilfe zu vermeiden und Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt zu integrieren, z. B. durch Lohnkostenzuschüsse bei Arbeitsaufnahme oder Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Das **LOHNABSTANDSGEBOT** wird konkretisiert. Die Pauschalierung einmaliger Leistung bedeutet eine erhebliche **VERWALTUNGSVEREINFACHUNG** für die Arbeitsämter. Die Verweigerung von zumutbarer Arbeit soll künftig verbindlich eine **KÜRZUNG DES REGELSATZES UM 25%** zur Folge haben.

Die Bayerische Staatsregierung will mit dem Programm „**ARBEIT STATT SOZIALHILFE**“ zusätzliche Initiativen starten, um Sozialhilfeempfän-

ger besser zur Arbeitsaufnahme zu motivieren. **MODELLVERSUCHE** in allen Regierungsbezirken werden in den nächsten drei Jahren mit je 500.000 DM bezuschusst. Der **SOZIALHILFEAUSGLEICH AN DIE BEZIRKE** wurde seit 1990 mehr als verdreifacht (1990: 220 Mio. DM; 1996: 700 Mio. DM).

SPORTFÖRDERUNG

In Bayern gibt es etwa **15.000 SPORTVEREINE** mit rund 4 Mio. Mitgliedern. Die staatlichen Zuschüsse für den Sport im Bayerischen Staatshaushalt betragen 1995 rund 229 Mio. DM, davon ca. **98 MIO.** für die **FÖRDERUNG DES VEREINS- UND BREITENSPORTS** (vgl. 1984: 55,5 Mio. DM).

STEUERN

Durch das Jahressteuergesetz 1996 erhalten die Länder einen um **5,5% HÖHEREN ANTEIL AN DER UMSATZSTEUER**, der zum Teil an die Kommunen weitergegeben wird. In Bayern sind 1996 Mehreinnahmen von rund 530 Mio. DM zu erwarten, u. a. als Ausgleich für Steuerausfälle

aufgrund des neuen Familienleistungsausgleichs. Bereits durch die SPAR- UND KONSOLIDIERUNGSPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG in den vergangenen Jahren wurden die Kommunen bei den Sozialhilfe- und Personalausgaben entlastet, bundesweit um 2-3 Mrd. DM. Durch die Steuerpflicht der Postunternehmen können Länder und Gemeinden mit weiteren 3 MRD. DM STEUERMEHREINNAHMEN rechnen.

Bayern überläßt seinen Gemeinden einen ANTEIL seiner Einnahmen AN DER GRUNDERWERBSTEUER; der 2/3-Anteil erreicht 1996 voraussichtlich 730 Mio. DM. Die FINANZZUWEISUNGEN DES FREISTAATS in Form von Zuschüssen, die sich nach der Einwohnerzahl der Kommunen bemessen, und Gebührenanteilen stiegen 1990-1996 um rund 40% auf etwa 1,27 MRD. DM (1996).

Umweltschutz

Der konsequente Einsatz für den SCHUTZ VON UMWELT UND NATUR hat bei der CSU politische Tradition. Einige Beispiele: Vor 25 Jahren hat Bayern als erstes Land ein UMWELTMINISTERIUM

versprechende Beiträge zum Klimaschutz. Bayern will bis zum Jahr 2000 rund 13% SEINES ENERGIEBEDARFS AUS REGENERATIVEN ENERGIEQUELLEN gewinnen, davon 5% aus Biomasse.

Wahlrecht

Das Wahlrecht ist eines der grundlegenden staatsbürgerlichen Rechte. Deshalb ist auch am 10. März eine HOHE WAHLBETEILIGUNG von großer Bedeutung für unsere Demokratie. Bei der Wahl der Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte bieten sich vielfältige, bürgerfreundliche Möglichkeiten für die Stimmabgabe, u. a.

- ANKREUZEN EINER LISTE, ohne einzelne Kandidaten auszuwählen.
- KUMULIEREN („NÄUFELN“): Um die Chancen einzelner Bewerber/-innen, ein Mandat zu erringen, zu erhöhen, können pro Kandidat bis zu drei Stimmen abgegeben werden.
- PANASCHIEREN: Die einzelnen Stimmen können auf Kandidaten/-innen auf den unterschiedlichen Listen verteilt werden.

Wichtig ist in jedem Fall, daß die Zahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen die ZULÄSSIGE

gegründet. Mit dem „VERTRAGS-NATURSCHUTZ“, dem KULTURLANDSCHAFTSPROGRAMM und der AUSWEISUNG VON SCHUTZGEBIETEN sichert die Staatsregierung den Erhalt unserer schönen Landschaften. Die ARTEN- UND BIOTOPKARTIERUNG liefert Daten für ein umfassendes Schutz- und Entwicklungskonzept. – Kein anderes Land leistet Vergleichbares.

Die HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DER GEMEINDEN reichen von der Landschafts- und Bauleitplanung über Einzelmaßnahmen zur Landschaftspflege bis zum Ankauf schützenswerter Flächen. Die AUSARBEITUNG VON LANDSCHAFTSPLÄNEN wird in Bayern mit bis zu 60% der Kosten gefördert. Seit 1974 erhielten über 1.000 Gemeinden Zuschüsse von insgesamt 25,9 Mio. DM.

Der „UMWELTPAKT BAYERN“ bündelt die Anstrengungen von Politik und Wirtschaft als Partner beim Umweltschutz. MODERNE UMWELTECHNIK SCHAFFT ARBEITSPLÄTZE. Die Mittel zur BESEITIGUNG VON ALTLASTEN werden beträchtlich erhöht. Finanzielle Anreize zum Energiesparen und der Einsatz nachwachsender Rohstoffe sind erfolg-

GESAMTSTIMMENZAHL (steht am Kopf des jeweiligen Stimmzettels) nicht überschreitet.

Erstmals können in diesem Jahr auch ausländische Unionsbürger, d. h. BÜRGER AUS MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION, an den Kommunalwahlen teilnehmen und sich auf den Listen als Kandidaten bewerben. Die Kandidatur zum Landrat, Oberbürgermeister oder 1. Bürgermeister bleibt jedoch weiterhin den deutschen Staatsangehörigen vorbehalten.

Zukunft

Gemeinsam die Zukunft gestalten! – Dieses Ziel nimmt Politiker von Bund, Ländern und Kommunen gleichermaßen in die VERANTWORTUNG. Wir wollen Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land fit machen für die Herausforderungen auf dem Weg ins nächste Jahrtausend. Dafür kann und muß die Politik die notwendigen RAMMENBEDINGUNGEN schaffen. Dazu bedarf es auch der entschlossenen und verantwortungsvollen MITWIRKUNG vieler Menschen in unserem Land. Am Wahltag, und darüber hinaus!